

rote hilfe münchen

Nr. 1

Januar 1972

20 Pfg.

WOHNUNGEN SIND PROFITOBJEKTE. SIE DIENEN DER BEREICHERUNG DER HAUSBESITZER

In München fehlen 60.000 Wohnungen. Dagegen stehen einige hundert Häuser leer. WARUM? Die Hausbesitzer wollen die alten, meist noch gut bewohnbaren Häuser abreißen, um profitbringendere Betonklötze für Banken und Versicherungen oder kleine Appartements zu bauen. Kein Arbeiter kann die Wuchermiete für eine Appartementwohnung zahlen.

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen!

Ende November letzten Jahres besetzte die ROTE HILFE das seit Jahren leerstehende Haus in der Friedrichstrasse 23 und richtete dort ein Büro für Mieterberatung ein, in dem Bürger kostenlose juristische Beratung bei Mietwucher, Kündigung usw. erhalten konnten. Arbeiter, Studenten und eine 63-jährige Rentnerin, die alle keine erschweringliche Wohnung fanden, zogen ein und boten dem Hausbesitzer, einem Architekten namens Edelmann an, 10% ihres Monatslohns für

Miete zu zahlen. Der Hausbesitzer lehnte jedes Gespräch mit der ROTEN HILFE ab und ließ am Jahresende das Haus durch ein großes Polizeiaufgebot stürmen. 58 Hausbewohner wurden verhaftet. Die ROTE HILFE ließ sich durch den Polizeieinsatz nicht einschüchtern und besetzte einen Tag später ein anderes leerstehendes Haus in der Adalbertstraße 10. Noch am selben Tag räumten einige Hundertschaften der Polizei das Haus und verhafteten fünf Besetzer.


HAUSBESETZUNGEN SIND EIN AKT DES WIDERSTANDES GEGEN DIE WILLKÜR DER HAUSBESITZER! SIE KÖNNEN NATÜRLICH UNTER HEUTIGEN BEDINGUNGEN DAS WOHNUNGSPROBLEM NICHT LÖSEN.

ZU LÖSEN IST DAS WOHNUNGSPROBLEM NUR DURCH DEN UMFASSENDEN KAMPF FÜR EINE GESELLSCHAFTSORDNUNG, IN DER NICHT MEHR DIE PROFITINTERESSEN DER KAPITALISTEN ENTSCHEIDEN, SONDERN DIE BEDÜRFNISSE DER MENSCHEN.



Wer in den Obdachlosenquartieren am Stadtrand leben muss, ist kein Asozialer, sondern das Opfer eines asozialen Systems!

In München sind nach der offiziellen Statistik ca. 10.000 Menschen gezwungen, in sogenannten städtischen Notunterkünften zu leben. Der Grund: Es gibt für sie keine Wohnungen. Meist sind es kinderreiche Arbeiterfamilien, die gerade das Existenzminimum verdienen und nicht das Geld für hohe Wuchermieten aufbringen können. So z. B. die Familie Roll, die in das besetzte Haus Friedrichstrasse 23 einziehen wollte. Sie lebt seit 6 Jahren zu neun in zwei kleinen Zimmern in einer Obdachlosenunterkunft am Harthof, ohne Bad und eigener Toilette. Drei Kinder sind durch die katastrophalen Wohnverhältnisse krank geworden. Egmond Roll ist gelernter Bäcker, kann jedoch seinen Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben. Er arbeitet jetzt bei einer Reinigungsfirma für 500 DM im Monat. Das reicht nie für eine neunköpfige Familie. So sind die Rolls auf die "Sozial"-Unterstützung der Stadt angewiesen, die ihnen nur zwei kleine Zimmer bietet. In dem Haus, in dem die Rolls "untergebracht" sind, leben insgesamt ca. 250 Personen in ähnlich katastrophalen Verhältnissen; davon allein 200 Kinder. Für diese gibt es kaum Spielmöglichkeiten und im ganzen Viertel nur einen (bereits überfüllten) Kindergarten. Pro Kindergartenplatz müssen jedoch noch 80 DM

Städt. Krankenhaus München-Schwabing 2, Kinder-Abteilung	8000 München 23, Kölner Platz 1 den 6.10.71 Durchwahl-Nr. 38 01 /
Ärztliche Bescheinigung sur Vorlage beim Wohnungsamt	
Das Kind Alexander R o l l , geb. 23.7.71, liegt seit dem 14.9.71 bei uns stationär wegen einer schweren, durch Streptokokken hervorgerufenen Bauchfellentzündung. Gleichzeitig liegen 2 Geschwister der Mutter ebenfalls stationär in unserem Hause wegen schwerer, wiederum durch den gleichen Erreger verursachter Erkrankungen.	
Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass diese Infektionskette mit ihren schweren Folgen durch die von der Mutter geschilderten und demnach nur als katastrophal zu bezeichnenden Wohnverhältnisse erheblich begünstigt wurde. Mit einer Wiederholung ähnlicher Ereignisse muss gerechnet werden, wenn nicht eine baldige und tiefgreifende Besserung eintritt.	
Aus diesem Grunde wird ein Wechsel in eine ausreichend grosse Wohnung mit genügenden hygienischen Bedingungen aus ärztlicher Sicht für dringend erforderlich gehalten.	
 Dr. J. Metz, Stat.-Arzt	

aufgebracht werden. In der nächsten Umgebung gibt es keinen einzigen Laden. Um Lebensmittel und andere notwendigen Güter einzukaufen, muss man einige Stationen fahren. Um zum Arbeitsplatz zu gelangen, müssen die Bewohner viel Zeit opfern. IN SOLCHEN SLUMS MÜSSEN ETWA 10.000 MENSCHEN IN MÜNCHEN LEBEN! Für sie gab es bisher keine besseren Wohnungen, das wird sich auch in Zukunft in unserem System kaum ändern. Die Rolls z. B. stellen schon seit fünf Jahren einen Antrag nach dem anderen auf eine angemessene Sozialwohnung, aber immer ohne Erfolg (und das, obwohl ein Arzt des Schwabinger Krankenhauses den Rolls bescheinigte, dass die Kinder "zweifelsohne durch die katastrophalen Wohnverhältnisse krank würden").

Wohnungsnot ist im Kapitalismus normal!

Nicht nur die 10000 Münchner, die in Obdachlosenquartieren hausen müssen, brauchen Menschenwürdige, erschwingliche Wohnungen. Insgesamt fehlen in München 60000 Wohnungen für etwa 200000 Menschen.

DAS IST BEI UNS NORMAL Denn ein System, in dem der Profit regiert, richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Wohnungen sind bei uns eine äußerst teure Ware. Je mehr Wohnungen fehlen, desto mehr Miete können die Hausbesitzer verlangen. Folglich sind die Herrschenden in unserem Lande auch nicht daran interessiert Wohnungen für alle zu bauen. Gebaut werden vor allem teure Luxusapartmenthäuser und Eigentumswohnungen. Doch welcher Arbeiter kann sich schon eine Eigentumswohnung für 200000 DM oder ein Luxusapartment leisten?

Da hilft auch das Gerede vom "sozialen" Wohnungsbau nichts. Sozialer Wohnungsbau ist nur möglich, wenn Grund- und Boden billig sind.

In Städten wie München nutzen die Grundbesitzer den Mangel an verfügbarem Boden skrupellos aus und treiben die Preise hoch. Die Stadt ist deshalb gezwungen, einen großen Teil der lächerlich wenigen Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau, die für München gedacht sind, in Bauprojekte außerhalb Münchens zu stecken.

"Münchner" Sozialwohnungen entstanden in den letzten Jahren zum Beispiel in Haar, Germering, Taufkirchen, Unterhaching und Zorneding.

In München entstehen dafür immer mehr Büro- und Geschäftshäuser. Die Bevölkerung wird in die neu entstehenden Wohnghettos am Stadtrand oder außerhalb Münchens vertrieben.

Der Grund u. Boden gehört in die Hand des Volkes und nicht in die Hand geldgieriger Spekulanten u. Konzerne

UNTERNEHMERTERROR

Wie verhängnisvoll sich die doppelte Abhängigkeit von Arbeitsplatz und Wohnung auswirken kann, bekam der Bauarbeiter Johann Lechner zu spüren. Jahrelang schuftete er für das Baugeschäft Karl Kerscher und verhalf zusammen mit seinen Kollegen dem Chef zu dicken Gewinnen.

Johann Lechner ist einer von denen, die Häuser bauen, selber aber nur eine kleine Kammer zum Wohnen haben. Diese Kammer vermietete ihm sein Chef, weil es ja schwer ist, in München eine Wohnung zu finden. Eine Besenkammer, 6 qm groß, ohne Heizung, das ist der ganze Wohnraum für den 57-jährigen Johann Lechner und seine Frau. Dafür muss er natürlich noch Miete zahlen, die ihm gleich vom Lohn abgezogen wird. Firmen eigene Unterkunft nennt sich das.

Damit jedoch nicht genug, der Unternehmer, nur auf seine Gewinne aus, trieb den Terror auf die Spitze. Er wollte die Frau

seines Arbeiters auf die Straße setzen, um noch einen zweiten Arbeiter in der Kammer unterzubringen. Aus "innerbetrieblichen Gründen". Innerbetrieblich d.h., daß er noch einen Menschen mehr für sich schufteten lassen wollte, und ihm dafür eine Kammer zum Wohnen anbot. Das war dem Arbeiter Lechner zuviel. Er ließ seine Frau nicht auf die Straße setzen; sie räumte zur gestellten Frist nicht das Quartier. Der Bauunternehmer Kerscher geriet darüber so in Wut, daß er Johann Lechner tätlich angriff. Er wollte ihn verprügeln und kündigte ihm Arbeitsplatz und Wohngelegenheit.

Lechner jedoch gab, unterstützt von der ROTEN HILFE, nicht auf. Ein Rechtsanwalt der RH schaltete sich ein und drohte dem Unternehmer mit einem Prozeß. Daraufhin wurde der Bauunternehmer Kerscher sehr kleinlaut und hob die fristlose Kündigung von Arbeitsplatz und Wohngelegenheit auf.



KARL KERSCHER

MÜNCHEN, den 11. Nov. 1971

8 MÜNCHEN 55 · WINDECKSTRASSE 55

Werter Herr Lechner!

Aus innerbetrieblichen Gründen bin ich gezwungen in Zukunft die beiden Firmenunterkünfte Wilhelmstraße 15 voll mit Arbeitern zu belegen. Die Folge ist, daß in der von Ihnen bewohnten Kammer noch ein Mann untergebracht werden muß.

Ich bin daher gezwungen Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Frau bis Mittwoch, den 1. Dezember 1971 das Quartier räumen muß.

Mit freundlichem Gruß

(Karl Kerscher)

hausbesitzerterror

Bismarckstrasse 2

In der Bismarckstraße 2 wird allen Mietern durch die Firma Hadie-Textilwerke gekündigt und mit Zwangsräumung gedroht. Die Begründung lautet: "Das Haus ist in höchstem Maße baufällig und muß ab 1.1.1972 gründlich renoviert werden". Die Kündigung betrifft die Gastarbeiter die z.T. zu fünf in einem Raum wohnen und für vier Zimmer ohne Bad 600Dm zahlen müssen. Renoviert werden soll das keineswegs baufällige Haus, weil der Hausbesitzer die Wohnungen mit mehr Profit an Ärzte und Rechtsanwälte vermieten will. Die Gastarbeiter können die voraussehbar unerschwinglichen Mieten natürlich nicht zahlen.

Bezeichnend ist, daß dem im Hause ansässigen Albert-Konzern (Objects and Posters) nicht gekündigt wurde. Die Reichen einigen sich immer. Nur die unterprivilegierten Mieter werden mit verlogenen Begründungen aus den Wohnungen verjagt.

Kaiserstrasse 36

Alle Wohnungaa sollten von der Havog (Baugesellschaft mit mehreren Häusern) zu Eigentums-

wohnungen umgebaut und verkauft werden. Da diese Umgestaltung für den Hausbesitzer zu kostspielig geworden wäre, heckte er einen gewinnträgigeren Plan aus: Er verlangte zum 1.1.72 Mieterhöhungen von 50% bis zu 150%. Das bedeutet, daß ein Rentner bis zu 200DM mehr Miete zahlen müßte. In dem Schreiben heißt es: "Durch das neue Mietgesetz ist die ortsübliche Vergleichsmiete in Ansatz zu bringen". Das ist plumpe Erpressung und bewußt falsche Auslegung der neuen Mietgesetze. "Vergleichsmiete" bedeutet hier schlechthin Wuchermiete.

Die Mieter weigerten sich kollektiv, die Mieterhöhung zu zahlen. Bis heute hat der Hausbesitzer keine weiteren Schritte unternommen.

Herzogstrasse 57

Ende 1968 kaufte der Inhaber vom "Bologna" (Pizzeria in der Leopoldstraße) das Haus nur unter der Bedingung, daß allen Altmietern gekündigt würde, um sein Personal dort unterbringen zu können. Der Restaurantbesitzer will ja nicht nur an Pizzas verdienen. Da bringt ein Haus noch zusätzlichen Profit und außerdem kann er dadurch seinen Angestellten doppelt kündigen, nämlich die Arbeitsstelle und die Wohnung!

Johann Heinrich v. Rauch

Ein neues Opfer der Klassenjustiz

Am 26.1.1972 beginnt vor dem Münchner Schwurgericht im Justizpalast der Prozess gegen Johann Heinrich von Rauch.

Die Anklage : Zweifacher Mordversuch

Der Sachverhalt (nach der Anklageschrift): Als von Rauch ein Geschäft in der Innenstadt verläßt, fällt ihm eine Pistole aus der Tasche. Als er und ein Begleiter merken, daß zwei, neben ihnen stehende Passanten (Kriminalbeamte, wie sich später herausstellt) den Vorfall beobachtet haben, versuchen sie zu fliehen.

"Mordversuch" Nr.1 : Als von Rauch nach 30 Metern von dem einen Kriminalbeamten überwältigt und zu Boden geschleudert wurde, soll er versucht haben, auf den auf ihm liegenden Polizisten die Pistole zu richten. Wie die spätere Untersuchung ergab, war die Pistole weder gespannt noch entschert!

"Mordversuch" Nr.2:

Der unbekannte Begleiter v. Rauchs soll bei der Verfolgung auf den anderen Polizisten geschossen haben. Unklar bleibt, ob es sich hierbei um eine Schreck schusspistole oder eine scharfe Waffe handelte. Für diesen Schuß des Unbekannten macht man von Rauch verantwortlich.

Die Zugehörigkeit des Angeschuldigten zum Kreis "Linksextremistischer Terroristengruppen" und letztlich die Geistesverwandtschaft zur Baader-Meinhof-Gruppe wird schnell hergestellt.

Anklageschrift : "Während seiner Inhaftierung hat der Angeschuldigte eine Vielzahl von Briefen und Kartengrüßen von zum Teil inhaftierten Gesinnungsgenossen erhalten. Da diese Briefe an ihn auch noch mit revolutionären Worten wie "Alle Macht dem Volke" und Ähnlichem schliesen, ist seine Gesinnung, "die bestehende Ge-

sellschafts- und Staatsordnung zu zerstören" klar.

Die in der Anklageschrift anschliessende Stelle stellt den Höhepunkt der unbewiesenen Behauptungen dar:

" Es entspricht der diese Briefe tragenden Geisteshaltung, grundsätzlich auf Polizisten zu schießen ."

Es folgt eine Liste von Gewalttaten seiner angeblichen Gesinnungsgenossen
Eine lückenlose Konstruktion ?

Man könnte eine andere Liste zusammenstellen:

- | | |
|----------|---|
| 2.6.67 | Der Polizist Kurras erschießt den Studenten Ohnesorg. |
| 30.1.71 | Der Berliner Polizist Salzwedel tötete mit Genickschuß einen vermeintlichen Autodieb, der bereits festgenommen war und kam mit sieben Monaten Bewährung davon : er ist weiterhin im Amt. |
| 15.7.71 | Petra Schelm, angebliches Mitglied der RAF wird von einem Polizisten erschossen. |
| 13.8.71 | Hammelmayer und die Geisel Reppel sterben, als Polizisten das Feuer eröffnen. |
| 4.12.71 | Georg von Rauch wird von einer Polizistenkugel getötet, obwohl er unbewaffnet ist. Einen Tag zuvor erklärte die Polizei in einer Pressekonferenz, dass er zur Baader-Meinhof-Gruppe zähle. Er war somit zum Abschluß freigegeben. |
| 30.12.71 | Polizisten halten LKW-Fahrer für Meinhof-Anhänger und eröffnen das Feuer. |

Entspricht es also der Geisteshaltung von Polizisten, auf Menschen zu schießen ?
Ist die Polizei also eine "Extremistische Terroristengruppe" und somit zu bekämpfen ?
Nach der Argumentation der Staatsanwaltschaft müsste man diese Fragen bejahen.
Wir glauben allerdings, daß man so nicht argumentieren kann.

Sicher ist Eines : Es gibt Menschen, die die Unmenschlichkeit dieser Gesellschaft gespürt, gesehen und erkannt haben und sich gegen dies Unmenschlichkeit wehren.
Gegen eine Unmenschlichkeit, die täglich in Kindergärten, Fürsorgeheimen und Wohnsilos Menschen zu Gleichgültigkeit und Hass erzieht, die immer mehr Menschen sich in Alkoholismus und Rauschgiftsucht flüchten lässt, die jährlich 7-8000 Menschen in den Betrieben aus Profitgier ermordet - Arbeitsunfälle heisst es dann in den Zeitungen.

Diese Gewalttätigkeit der Gesellschaft zu erkennen, soll mit allen Mitteln verhindert werden, deshalb muss man Unruhestifter auf allen möglichen und unmöglichen Wegen beseitigen.
Hier zeigt sich die Klassengesellschaft in ihrer ganzen Brutalität.

IMPRESSUM

presserechtlich verantwortlich:
Redaktionskollektiv der ROTEN HILFE
Thomas E. Heinrich, Annemarie Krauß, Jürgen Ritter

München, Kapuzinerstr. 48

Eigendruck im Selbstverlag

WIR ERÖFFNEN IN DEN NÄCHSTEN TAGEN EIN MIETERBERATUNGSBÜRO IN DER KAPUZINERSTRASSE 48. DAS KOSTET GELD, GENAUSO WIE DIE VERTEIDIGUNG UND BETREUUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN UND DIE HERAUSGABE DIESER ZEITUNG.

SPENDEN AUF KONTO 17212715 BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT, JÜRGEN RITTER

